



COVID-19 – Newsletter 74

05.03.2021

Noch immer oder eigentlich schon wieder stehen aufgrund der aktuellen Situation drei Handlungsfelder im Bemühen der Städte und Gemeinden:

- *Aufrechterhaltung der notwendigen Infrastruktur*
- *Sicherstellung der internen Serviceleistungen*
- *Situationsadäquates Angebot an KundInnen-Service für die Bevölkerung*

Die weltweite Corona-Virus-Pandemie ist die größte Herausforderung seit vielen Jahrzehnten und bedarf zur ihrer Bewältigung die Bündelung aller Kräfte und einen entsprechenden Zusammenhalt in unserer Gesellschaft. Der kommunalen Ebene kam und kommt eine zentrale Rolle im Kampf gegen die Ausbreitung der COVID-19 Pandemie zu. Lokale Verantwortlichkeit, Kenntnis der Bedingungen vor Ort und Nähe zu den Bürgerinnen und Bürgern waren und sind zentrale Erfolgsfaktoren der Pandemiebekämpfung.

Nun gilt es, auf den gewonnenen Erfahrungen aufzubauen und alles daran zu setzen, die kommunalen Leistungen im Sinne der Allgemeinheit bestmöglich auch in Krisenzeiten aufrecht zu erhalten. Fest steht: Städte und Gemeinden werden weiterhin einen entscheidenden Beitrag leisten – bürgernah, engagiert und verantwortungsvoll.

Abschließend möchten wir besonders Euch, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, für Euren Einsatz zum Wohle der Bevölkerung in ganz Österreich in dieser schwierigen Zeit herzlichst danken. Jede Stadt und jede Gemeinde ist ein Teil der Lösung – gemeinsam schaffen wir es auch weiterhin.

Für tagesaktuelle Informationen möchten wir auf die online-Austauschplattform des Österreichischen Städtebundes verweisen (https://intrakommuna.at/net_home/Pages/Startseite).

Alle bisherigen Ausgaben des „COVID-19 Newsletters“ können unter folgendem Link nachgelesen werden:
https://www.staedtebund.gv.at/services/aktuelles/?no_cache=1

Redaktion: Dr. Johannes Schmid & Kevin Muik, LL.M.



Inhaltsverzeichnis

Aktuelle Ereignisse und Problemlagen	3
1. Aktuell im RIS	3
2. Epidemie- und COVID-19-Maßnahmengesetz – neuer Entwurf sieht Entfall des Freimaskierens vor	4
3. Gesundheitsminister: Alle Öffnungsschritte unter Vorbehalt der Infektionsentwicklung	4
4. Zahl der Corona-Neuinfektionen in Altenheimen brach um fast 90 Prozent ein	5
5. ÖsterreicherInnen sorgen sich zunehmend um Corona-Wirtschaftsfolgen	5
6. Nach Öffnungen im Handel: Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit rückläufig	6
7. Frauentag - Pandemie war für Frauen "fatal"	6
8. Jede/r zweite SchülerIn mit depressiver Symptomatik	7
9. "Wir schließen", "Zu vermieten" - Triste Corona-Effekte in Ortskernen	7
10. Forscher mahnt zur Präzision beim Auslesen der Schultests	8
11. Zahlreiche Händler stoppen Verkauf von Hygiene Austria Masken	8
12. Versicherung muss nur Teil von Hotelbetriebsausfall zahlen	9
13. Lockdown-Messungen zeigen deutlich unterschätzte Stickoxidbelastung	9
Aus den Bundesländern	10
1. Startschuss für 22 Impfstraßen in der Steiermark	10
2. Freude in Tirol über Impfungen im Bezirk Schwaz	10
3. Bezirk Hermagor wird abgeriegelt	10
Maßnahmen und Problemlagen in den Städten und Gemeinden	11
1. Wien wird öffentliche Schanigärten einrichten	11
2. Wr. Neustadt will Inzidenz mit verstärkten Maßnahmen senken	11
3. Ausreisebeschränkungen für Radstadt und Bad Hofgastein in Kraft	12
Europa und International	13
1. EU: Entwurf für digitalen Impfpass noch im März	13
2. Covax-Impfstoffinitiative für UNO historischer Meilenstein	13
3. Impfstofflieferungen: Bosnien kritisiert Österreich	13
4. Deutschland hilft Tschechien mit Impfstoff aus	14
5. Berlins Jugendliche verzweifeln am Homeschooling	14
Bericht aus dem Büro des Österreichischen Städtebundes in Brüssel	15
1. Deutscher Städte- und Gemeindebund: Forderung für kommunalen Rettungsschirm	15
2. Europäische Kommission: Aktualisiertes Konzept für Fiskalreaktion auf Pandemie	15
3. Europäisches Parlament: (Ausschusssitzungen und Abstimmungen weiterhin per Fernabstimmung)	15
4. Rat der EU: Tourismus nach der Pandemie	16



Aktuelle Ereignisse und Problemlagen

1. Aktuell im RIS

Folgende Bundesgesetzblätter wurden am **26. Februar 2021** herausgegeben:

BGBl. I Nr. 32/2021

Berichtigung von Verlautbarungen im Bundesgesetzblatt

BGBl. I Nr. 33/2021

Änderung des Epidemiegesetzes 1950 und des COVID-19-Maßnahmegesetzes

BGBl. I Nr. 34/2021

Änderung des Gesundheitstelematikgesetzes 2012

BGBl. I Nr. 35/2021

Änderung des Allgemeinen Sozialversicherungsgesetzes

BGBl. I Nr. 36/2021

Änderung des Gewerblichen Sozialversicherungsgesetzes, des Bauern- Sozialversicherungsgesetzes und des Beamten- Kranken- und Unfallversicherungsgesetzes

BGBl. II Nr. 95/2021

Berichtigung von Verlautbarungen im Bundesgesetzblatt

BGBl. II Nr. 96/2021

Niederlassungsverordnung 2021 – NLV 2021

BGBl. III Nr. 29/2021

Multilaterales Abkommen ADN/M 028 gemäß Unterabschnitt 1.5.1 ADN über Bescheinigungen über besondere Kenntnisse des ADN nach Unterabschnitt 8.2.2.8 ADN

BGBl. III Nr. 30/2021

Geltungsbereich des Europäischen Übereinkommens über Gewalttätigkeiten und Fehlverhalten von Zuschauern bei Sportveranstaltungen und insbesondere bei Fußballspielen

BGBl. III Nr. 31/2021

Geltungsbereich des Übereinkommens über die Übertragung von Beiträgen auf den Einheitlichen Abwicklungsfonds und über die gemeinsame Nutzung dieser Beiträge

BGBl. III Nr. 32/2021

Änderungen der dem Europäischen Übereinkommen über die internationale Beförderung von gefährlichen Gütern auf Binnenwasserstraßen (ADN) beigefügten Verordnung

BGBl. III Nr. 33/2021

Erklärung der Republik Österreich zum Übereinkommen über die Rechtshilfe in Strafsachen und seinen beiden Zusatzprotokollen

BGBl. III Nr. 34/2021

Erklärung der Republik Österreich zum Vertrag über das Verbot von Kernwaffen

Folgende Bundesgesetzblätter wurden am **2. März 2021** herausgegeben:

BGBl. III Nr. 35/2021

Abkommen zwischen der Regierung der Republik Österreich und der Regierung des Staates Israel über die Nutzung von Reproduktionen bestimmter Archivalien

BGBl. III Nr. 36/2021

Siebenter Zusatzvertrag zwischen der Republik Österreich und dem Heiligen Stuhl zum Vertrag zwischen der Republik Österreich und dem Heiligen Stuhl zur Regelung vermögensrechtlicher Beziehungen vom 23. Juni 1960

Folgende Bundesgesetzblätter wurden am **3. März 2021** herausgegeben:

BGBl. II Nr. 97/2021

Änderung der Erzeuger-Rahmenbedingungen-Verordnung

BGBl. II Nr. 98/2021

Änderung der COVID-19-Virusvariantenverordnung (COVID-19-VvV)

Folgende Bundesgesetzblätter wurden am **4. März 2021** herausgegeben:

BGBl. III Nr. 37/2021

Geltungsbereich der in Montreal beschlossenen Änderung des Montrealer Protokolls über Stoffe, die zu einem Abbau der Ozonschicht führen

BGBl. III Nr. 38/2021

Geltungsbereich der in Kigali beschlossenen Änderung des Montrealer Protokolls über Stoffe, die zu einem Abbau der Ozonschicht führen



BGBl. III Nr. 39/2021

Geltungsbereich der in Kopenhagen beschlossenen Änderung des Montrealer Protokolls über Stoffe, die zu einem Abbau der Ozonschicht führen

BGBl. III Nr. 40/2021

Geltungsbereich der in London beschlossenen Änderung des Montrealer Protokolls über Stoffe, die zu einem Abbau der Ozonschicht führen

BGBl. III Nr. 41/2021

Geltungsbereich der in Peking beschlossenen Änderung des Montrealer Protokolls über Stoffe, die zu einem Abbau der Ozonschicht führen

BGBl. III Nr. 42/2021

Geltungsbereich des Übereinkommens des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt

BGBl. III Nr. 43/2021

Geltungsbereich der Multilateralen Vereinbarung M329 gemäß 1.5.1 ADR über die Beförderung bestimmter Abfälle, die gefährliche Güter enthalten

BGBl. III Nr. 44/2021

Geltungsbereich der Multilateralen Vereinbarung RID 5/2020 gemäß 1.5.1 RID über die Beförderung bestimmter Abfälle, die gefährliche Güter enthalten

2. Epidemie- und COVID-19-Maßnahmegesetz – neuer Entwurf sieht Entfall des Freimaskierens vor

LehrerInnen, KindergartenpädagogInnen und BeamtInnen im Parteienverkehr werden sich künftig auf das Coronavirus testen lassen müssen. Die bisherige Option für Test-Verweigerer in Berufsgruppen mit viel Kundenkontakt, alternativ mit FFP2-Maske zu arbeiten entfällt. Das sieht eine Gesetzesnovelle vor, die vom Gesundheitsministerium Mittwochabend in Begutachtung geschickt wurde. Leichter verordnet werden können durch diese auch Ausgangsbeschränkungen. Die Begutachtung läuft bis 9. März.

Wer gewerbsmäßig Veranstaltungen organisiert und eine Untersagung gemäß Epidemiegesetz missachtet, ist künftig gemäß der Vorlage mit einer Geldbuße von bis zu 30.000 Euro oder sechs Wochen Haft zu bestrafen. Teilnehmer an verbotenen Events haben bis zu 1.450 Euro abzuliefern. Veranstalter, die keine Bewilligung einholen bzw. Auflagen nicht einhalten, haben mit 3.600 Euro oder vier Wochen Haft zu rechnen.

Neu geregelt werden auch die Eingriffsmöglichkeiten bei Zusammenkünften. Wird bisher auf das "Zusammenströmen größerer Menschenmengen" abgestellt, ist künftig von mindestens vier Personen die Rede, die als Veranstaltung gelten. Dies gilt im öffentlichen wie im privaten Bereich, wobei bei letzterem wieder klar gestellt wird, dass es daheim zu keinen Kontrollen kommt.

Erleichtert werden sollen Ausgangsbeschränkungen. Diese konnten bisher nur verhängt werden, wenn das Gesundheitssystem zusammenzubrechen drohte oder in "ähnlich gelagerten Notsituationen". Nunmehr sollen kürzere Beschränkungen wie nächtliche Ausgangssperren bereits dann möglich sein, wenn die Kontaktnachverfolgung auf Grund der unkontrollierten Virusverbreitung nicht mehr aufrechterhalten werden kann.

Verfassungsjurist Univ.Prof. Funk bezeichnete die weitreichenden Neuerungen als „Hammer“. Mehr dazu: <https://www.derstandard.at/story/2000124650816/welche-harten-lockdownregeln-kuenftig-gelten-koennten?ref=rss>

3. Gesundheitsminister: Alle Öffnungsschritte unter Vorbehalt der Infektionsentwicklung

Für Bezirke mit einer besonders hohen Infektionszahl soll es künftig automatische Verschärfungen geben. Diesen am Montag angedeuteten Plan hat Gesundheitsminister Rudolf Anschober nun konkretisiert. Demnach soll die Ausreise aus den betroffenen Bezirken ab einer Sieben-Tages-Inzidenz von 400 nur noch mit einem negativen Testergebnis möglich sein. Derzeit wären davon drei Bezirke betroffen, darunter Hermagor in Kärnten, wo Ausreisetests schon angekündigt wurden.



"Wir werden in diesem Sinn in den nächsten Tagen erstmals einen Automatismus vorlegen, der zur Umsetzung kommt, sobald Bezirke die 7-Tages-Inzidenz von 400 erreichen", kündigte Anschöber am Dienstagnachmittag in einer Aussendung an. Aktuell wären davon laut Zahlen der AGES Hermagor in Kärnten, der Salzburger Pongau sowie Wiener Neustadt (Stadt) in Niederösterreich betroffen. Zusätzlich werde es Schwerpunktkontrollen in allen Gemeinden mit stärkeren Infektionssteigerungen geben sowie ein weiteres Ausrollen der FFP2-Pflicht und der Präventionsprogramme, kündigte Anschöber an.

Außerdem verteidigte Anschöber die am Montag angekündigten Lockerungen gegen zuvor laut gewordene Kritik von ExpertInnen, die vor einem Anstieg der Infektionen warnen. Die Regierung habe "ein sehr vorsichtiges Programm mit dem Schwerpunkt auf weiteren Schutzmaßnahmen fixiert", sagte Anschöber. Nach Ostern solle der Aufenthalt im Freien aus saisonalen Gründen wieder verstärkt möglich sein. Bis dahin werde man den der Risikogruppen geimpft haben. "Bis dahin kommen auf uns - wie von mir vielfach angekündigt - die schwierigsten Wochen der Pandemie zu. Diese Phase müssen wir noch gut überstehen", so Anschöber.

Allerdings machte der Gesundheitsminister auch klar, dass alle Öffnungsschritte "unter Vorbehalt der Entwicklungen der Infektionszahlen" stünden. Beim nächsten Treffen mit den Landeshauptleuten am 15. März soll demnach auf Basis des Infektionsgeschehen geprüft werden, ob die Lockerungen wie geplant umgesetzt werden können.

Die Regierung will ab Mitte März weitgehende Lockerungen in Vorarlberg als Pilotregion ermöglichen, ebenso im Jugend- und Schulsport. Gastgärten sollen ab Ostern öffnen.

4. Zahl der Corona-Neuinfektionen in Altenheimen brach um fast 90 Prozent ein

Lockdown, Schutzvorkehrungen in Heimen und eben die Impfung haben die Zahl der Neuinfektionen sowie der Todesfälle massiv nach unten gedrückt: Gab es österreichweit in diesem Bereich im Monat Dezember 2020 noch 10.750 neu bestätigte Fälle bei BewohnerInnen und MitarbeiterInnen, sank diese Zahl im Jänner auf 4.874 und im Februar auf nur noch 1.125 ab. Das ist laut den aktuellen Zahlen des Gesundheitsministeriums, die dem STANDARD vorliegen, innerhalb von nur zwei Monaten ein Rückgang um rund 90 Prozent.

Alein im Februar sank die Zahl der aktiven Corona-Fälle in den APHs von knapp mehr als 1.600 auf 534 ab. Aktuell sind per 1. März genau 299 BewohnerInnen sowie 235 MitarbeiterInnen infiziert. Der jüngste deutliche Anstieg bei den Fallzahlen in der Gesamtbevölkerung auf wieder weit mehr als 2.000 Neuinfektionen pro Tag bildet sich in den Heimen nicht ab: Dort blieb die Situation wohl auch dank der Impfungen weitgehend stabil.

Bei den Todesfällen von HeimbewohnerInnen setzte sich der Trend nach unten auch Ende Februar noch fort: Zuletzt wurden im Mittel rund sieben Todesfälle pro Tag verzeichnet. Rund um Weihnachten betrug dieser Wert noch mehr als 50.

Mehr dazu: <https://www.derstandard.at/story/2000124587268/zahl-der-corona-neuinfektionen-in-altenheimen-brach-um-fast-90>

5. ÖsterreicherInnen sorgen sich zunehmend um Corona-Wirtschaftsfolgen

Die ÖsterreicherInnen machen sich zunehmend Sorgen um die wirtschaftlichen Folgen der Coronapolitik. Mittlerweile glauben laut einer Gallup-Onlineumfrage unter 1.000 Personen fast zwei Drittel, dass die Maßnahmen zur Pandemiebewältigung einen großen ökonomischen Schaden anrichten. Vor einem Jahr waren es erst 41 Prozent, die der Aussage, die wirtschaftlichen Folgen der Coronamaßnahmen würden das Leben von Menschen in Österreich mehr zerstören als Covid/Corona selbst, zustimmten.

Auch die heimische Coronapolitik wird deutlich schlechter eingeschätzt. Im Februar 2021 sagten nur mehr 28 Prozent der Befragten, Österreich habe bei der Bewältigung der Coronakrise mehr Erfolg als andere EU-Länder. Im November 2020 waren noch 42 Prozent dieser Meinung gewesen.

Dass Österreich einen größeren wirtschaftlichen Schaden erlitten hat als andere Länder in der EU, liegt für die Befragten in erster Linie daran, dass Österreich so stark vom Tourismus abhängt und durch Onlineshopping viel Geld ins Ausland abgeflossen sei.



46 Prozent sagten, es sollten nur jene Unternehmen gerettet werden, die eine Zukunft haben; gleichzeitig sollten Innovation und neue Geschäftsmodelle gefördert werden. Für das Gießkannenprinzip, also bestehende Firmen ohne Einschränkungen durch Staatshilfe zu retten, sprachen sich 27 Prozent aus. FPÖ-affine Umfrageteilnehmer bevorzugten letztere Vorgehensweise um einiges häufiger, wie das Gallup-Institut am Montag mitteilte. 11 Prozent meinten, man brauche gar nichts zu tun, da sich die Wirtschaft von selbst regle.

6. Nach Öffnungen im Handel: Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit rückläufig

Erstmals seit Weihnachten 2020 ist die Zahl der Menschen in Österreich ohne Arbeit unter die 500.000er-Marke gesunken. "Wir haben schon die neuen Zahlen von Anfang März, und es hat sich ein positiver Trend verfestigt", sagte Arbeitsminister Martin Kocher am Dienstag in einer Pressekonferenz. Zum ersten Mal seit Anfang Dezember sei die krisenbedingte Arbeitslosigkeit unter 100.000 Personen gesunken. Derzeit seien 490.000 Menschen arbeitslos oder in AMS-Schulungen.

Mit Stichtag 28. Februar hatte das Arbeitsmarktservice noch 509.000 Arbeitslose vermeldet. Den Regierungsangaben zufolge ist auch die Zahl der Kurzarbeiter gesunken. Derzeit seien rund 478.000 Personen zur Kurzarbeit angemeldet, um 7.000 weniger als in der Vorwoche. Am Wochenende habe man berechnet, dass durch die Öffnungen im Handel vor drei Wochen rund 120.000 Personen aus der Arbeitslosigkeit und aus der Kurzarbeit wieder in die Vollbeschäftigung gekommen seien, sagte Kocher. Gehe man von den Erfahrungen der Vergangenheit aus, so dürften von den 478.000 zur Kurzarbeit angemeldeten Menschen nur ein Teil tatsächlich die Kurzarbeit in Anspruch nehmen.

"Die Krise am Arbeitsmarkt ist leider noch nicht überstanden, das wird noch länger dauern", so Kocher. Aber bei weiteren leichten Öffnungsschritten in den nächsten Wochen werde es eine weitere Erholung am Arbeitsmarkt geben, man dürfe also optimistisch sein.

7. Frauentag - Pandemie war für Frauen "fatal"

Die aktuelle Krise "wurde und wird von den Frauen getragen, sie selber haben aber nichts davon". Die Entwicklungen des letzten Jahres "waren für die Frauen fatal", sagt Frauenring-Vorsitzende Klaudia Friebe im APA-Interview anlässlich des bevorstehenden Frauentags. Frauenanliegen und Errungenschaften seien um Jahre zurückgeworfen worden. "Es war ein absoluter Backlash", so Friebe, die einen dringenden Handlungsbedarf ortet und von der Politik Taten verlangt. "Die Gesundheitskrise, die sich auch zu einer Wirtschafts- und Sozialkrise entwickelt hat, wird zu einem großen Teil auf dem Rücken der Frauen ausgetragen." Die Schließung der Bildungseinrichtungen "war für Frauen ganz massiv", hinzu kamen Kurzarbeit oder Verlust des Arbeitsplatzes. "Und dort, wo nicht geschlossen wurde, wurde die Gesellschaft von Frauen am Leben erhalten, etwa im Handel, der Pflege und in der systemrelevanten Produktion."

Die Pandemie sei für Frauen in Summe eine "Katastrophe" und die Auswirkungen würden uns noch Jahr anhängen. Viele Frauen sind aus dem Arbeitsmarkt herausgefallen, andere haben die Arbeitszeit reduziert. Vielen Selbstständigen wie Masseurinnen, Fußpflegerinnen, Pflegerinnen und Sexarbeiterinnen sei die Existenzgrundlage komplett weggenommen worden. Diese Einkommensverluste schlagen dann voll in den Pensionsberechnungen durch. "Die Politik muss sich hier was überlegen, dass die Frauen von heute nicht die Armen von morgen werden", so Friebe. "Die Frauen sind die größten Verlierer der Krise, das kann man ganz ungeschönt sagen. Sie haben die Krise getragen, haben selber aber nichts davon." Friebe kritisiert, dass das Thema Frauen im vergangenen Krisenjahr in der Politik überhaupt nicht vorgekommen und völlig unterbelichtet geblieben sei. Die Frauen seien alleine gelassen und in den häuslichen Bereich zurückgedrängt worden, "nach dem Motto, die Frauen sollen selber schauen, wie sie weiter kommen." Friebe fordert, dass Frauen ökonomisch abgesichert werden, es brauche Geld für Umschulungen und Weiterbildungsangebote und es müsse der Familienhärtefonds neu aufgelegt werden, denn eine Einmalzahlung für drei Monate würde bei weitem nicht reichen. Zudem verlangt sie ein höheres Arbeitslosengeld, denn für Frauen, die aus der Teilzeit arbeitslos werden, sei die Ersatzrate von 55 Prozent des Letztverdienstes viel zu wenig.



Weiters solle der Familienbonus in Höhe von 1.500 Euro allen Kindern zugutekommen und nicht nur jenen, deren Eltern genug verdienen, um diesen steuerlich lukrieren zu können. Besonders wichtig seien Weiterbildung und Qualifizierung, denn am Arbeitsmarkt seien viele Perspektiven weggebrochen.

Zu all diesen Problemen kam in der Pandemie auch noch verstärkte häusliche Gewalt dazu und die zusätzliche Schwierigkeit, dass viele Frauen aufgrund des Lockdowns nicht die Möglichkeit zur Flucht in ein Frauenhaus gehabt haben. Die Frauenhotlines würden einen "massiven Anstieg" verzeichnen, berichtet die Frauenring-Vorsitzende. Auch hier braucht es laut Frießen deutlich mehr Geld. Überhaupt bräuchte es zur Umsetzung der Gewaltschutz-Empfehlungen der Istanbul-Konvention jährlich 210 Millionen mehr.

Es sei wichtig zu überlegen, wie die Zukunft aussieht, vor allen für Frauen. Neben der Weiterbildung brauche es mehr Angebote für Kinderbetreuung und ordentliche Arbeitsstiftungen, um Frauen im gesicherten Umfeld umzuschulen. "Die Politik ist massiv gefordert, dass die Frauen nicht in die Armut abrutschen", so Frießen.

8. Jede/r zweite SchülerIn mit depressiver Symptomatik

Die Coronavirus-Pandemie hat einen deutlichen Anstieg psychischer Symptome unter Schülerinnen und Schülern zur Folge: 56 Prozent leiden unter einer depressiven Symptomatik, die Hälfte unter Ängsten, ein Viertel unter Schlafstörung, und 16 Prozent haben suizidale Gedanken. Das geht aus einer Studie der Donau-Universität Krems in Kooperation mit der Medizinischen Universität Wien mit Unterstützung des Bildungsministeriums hervor. Untersucht wurden 3.052 Schülerinnen und Schüler von 3. bis 28. Februar. „Die Häufigkeit depressiver Symptome, Angstsymptome, aber auch Schlafstörungen hat sich mittlerweile verfünff- bis verzehnfacht, Tendenz steigend. Die Ergebnisse sind besorgniserregend. Insbesondere, dass so ein hoher Anteil an Jugendlichen aktuell suizidale Gedanken hat“, so der Studienleiter Christoph Pieh von der Donau-Uni Krems. „Ganz besonders alarmierend ist die Tatsache, dass rund 16 Prozent entweder täglich oder an mehr als der Hälfte der Tage suizidale Gedanken angeben. Das ist im Vergleich zu den letzten verfügbaren Daten aus Österreich ein deutlicher Anstieg“, so der Studienautor und Leiter der Universitätsklinik für Kinder- und Jugendpsychiatrie der MedUni Wien, Paul Plener.

Mehr dazu: <https://orf.at/stories/3203595/>

9. "Wir schließen", "Zu vermieten" - Triste Corona-Effekte in Ortskernen

Viele Geschäfte stehen leer. "Wir schließen" mit oder ohne Abschiedsabverkauf, "Zu vermieten", oder ganz ohne Worte ein nie vollendeter "Umbau". An etlichen Orten blieben auch nach dem Ende des jüngsten harten Lockdowns die Ladentüren zu. Handelsforscher sehen darin erste bittere Früchte der Corona-Pandemie. In Summe stieg der Leerstand in Innenstädten 2020 noch relativ moderat auf 7,5 Prozent. Aber sobald die Hilfen für die Firmen auslaufen, dürfte es turbulent werden.

Zwar waren schon in den letzten zehn Jahren die Shopflächen rückläufig. Konsumgewohnheiten haben sich geändert, die Online-Konkurrenz wird immer größer. In vielen kleineren Städten spielen die Einkaufszentren an der Peripherie schon lange die größere Rolle. Nun brachten aber die umfassenden Beschränkungen zur Eindämmung der Pandemie zusätzlichen Druck in die Ortskerne, und Kleinstädte hatten schon bisher signifikant höhere Leerstandsdaten als große Städte. Neu war 2020 aber, dass gerade auch Tourismushochburgen wie Salzburg, Innsbruck oder die Wiener City die höchsten "Leerstandszugewinne" zu verbuchen hatten. Schon lang Erfahrung mit vielen leerstehenden Geschäftslokalen hat etwa Wiener Neustadt.

Den geringsten Leerstand gab es in der Bundeshauptstadt noch in der Wiener Mariahilfer Straße, auch die Favoritenstraße gewann 2020 dazu. In einigen anderen einstigen Straßen oder auch einzelnen kleineren Einkaufszentren in Wien abseits allererster Lagen allerdings sind seit Monaten Auslagen auch alteingesessene Filialstandorte von Handelsfirmen mit Packpapier zugeklebt, rentierten sich nach den coronabedingten Umsatzeinbrüchen nicht mehr. Der Handelsverband sieht aktuell 10.000 Handelsbetriebe in Österreich existenzbedroht.



Der Verband hat mit der Beratungsfirma Standort+Markt die Lage in den 20 größten Städten des Landes und 16 ausgewählten Kleinstädten analysiert. Nur zehn von 24 erfassten Geschäftsbereichen meldeten in der aktuellen Wertung eine positive Shopflächenentwicklung.

Für die nächsten Monate und Jahre werden weitere Veränderungen erwartet. Erst nach dem Stopp von staatlicher Unterstützungsleistungen werde sich zeigen, welche Shops tatsächlich weiterhin offenbleiben oder aber von der Bildfläche verschwinden, heißt es. Hier erwarten Handelsverband und Berater in den kommenden Beobachtungsperioden definitiv eine erhöhte Dynamik, die sich sowohl im Leerstand als auch in einer deutlich erhöhten Fluktuationsrate bemerkbar machen dürften. "Corona befeuert nicht nur den eCommerce, sondern mittelfristig auch die Stadt- und Ortskernverödung", fürchtet der Verband.

10. Forscher mahnt zur Präzision beim Auslesen der Schultests

Die Teststrategie Österreichs, zu der auch die Schul-„Nasenbohrertests“ zählen, sei im internationalen Vergleich durchaus „spektakulär“, so der Molekularbiologe Johannes Zuber zur APA. Beim Auslesen der Ergebnisse der Antigen-Schnelltests ginge aber noch mehr: Bei dem eher ungenauen Verfahren sei auch ein sich nur leicht abzeichnender zweiter Strich ein starker Hinweis auf eine Infektion. Die vorgeschriebenen 15 Minuten bis zum Auslesen sollten unbedingt eingehalten werden.

Mehr dazu: <https://www.medinlive.at/gesundheitspolitik/forscher-mahnt-zur-praezision-beim-auslesen-der-schultests>

11. Zahlreiche Händler stoppen Verkauf von Hygiene Austria Masken

Die Aufregung über die FFP2-Masken von Hygiene Austria ebbt nicht ab: Am Donnerstag bestätigten nach der Supermarktkette Spar auch der REWE-Konzern, Hofer und dm, dass man die Masken „vorsorglich“ aus dem Sortiment nehmen wolle.

„Da sich die Vorwürfe gegen Hygiene Austria verhärtet haben und wir daher die Rückverfolgbarkeit der an Spar gelieferten Masken nicht mehr zu 100% sicherstellen können, werden wir alle Masken nun vorsorglich aus unserem Sortiment nehmen“, schrieb Spar nach einer ORF-Anfrage auf Twitter. „Es ist eine Kassensperre eingerichtet, und die Ware wird aus den Regalen geräumt“, so Spar gegenüber der APA. Man habe aber genügend andere FFP2-Masken für Personal und Kundschaft aus europäischer und asiatischer Produktion vorrätig. Auch REWE (Billa, Merkur, Bipa, Penny) stoppt den Verkauf, wie gegenüber ORF.at bestätigt wurde. „Die FFP2-Masken des besagten Herstellers wurden aus gegebenem Anlass von uns intern geprüft. Die Masken des Herstellers Hygiene Austria sind zertifiziert, haben durchwegs FFP2-Qualität, der FFP2-Schutz ist durchgängig gewährleistet. Wir nehmen die Produkte dennoch vorsorglich aus dem Verkauf, da ihre Herkunft (Produktionsort) unklar ist.“ Man habe eine Kassensperre für die Masken eingerichtet, biete aber ausreichende Mengen zertifizierter FFP2-Masken von anderen Herstellern an.

Mehr dazu: <https://orf.at/stories/3203893/>



12. Versicherung muss nur Teil von Hotelbetriebsausfall zahlen

Der Oberste Gerichtshof (OGH) hat im Rechtsstreit eines Vorarlberger Hotels mit einer Versicherungsgesellschaft ein richtungweisendes Urteil gesprochen. Die Versicherungsgesellschaft weigerte sich, den durch das Coronavirus entstandenen Betriebsausfall in vollem Umfang abzudecken. In den ersten beiden Instanzen waren die Gerichte noch der Argumentation des Hotels gefolgt, der OGH entschied nun im Sinne der Versicherung, berichtete die Wirtschaftspresseagentur.

Versicherung zahlte zwölf statt 30 Tage

Der Betriebsausfallversicherung (Höhe 100.000 Euro) des Hotels zufolge musste auf Basis des Epidemiegesetzes eine Betriebsschließung für 30 Tage abgedeckt werden. Die Versicherung kam aber nur für die ersten zwölf Tage (40.000 Euro) auf, für die anderen Tage bezahlte sie nicht. Die Versicherung berief sich darauf, dass die Betriebsschließungsverordnung auf Basis des Epidemiegesetzes im März 2020 nach den ersten zwölf Tagen aufgehoben worden sei. Danach sei per Verordnung ein Betretungsverbot für Beherbergungsbetriebe in Kraft getreten. Dieses stütze sich auf das Covid-19-Maßnahmegesetz, nicht auf das Epidemiegesetz. Im Ersturteil des Landesgerichts Feldkirch hieß es, dass das Betretungsverbot einer faktischen Betriebsschließung gleichkomme und die Verordnung der Verhinderung der Ausbreitung von Covid-19 gedient habe. Der OGH sah aber sehr wohl einen Unterschied zwischen einer Betriebsschließung gemäß Epidemiegesetz und einem Betretungsverbot als Folge einer Verordnung des Vorarlberger Landeshauptmannes auf Basis des Covid-19-Maßnahmegesetzes. Zumal es ja beide Gesetze parallel gebe und das einen Sinn haben müsse.

Mehr dazu: <https://vorarlberg.orf.at/stories/3093359/>

13. Lockdown-Messungen zeigen deutlich unterschätzte Stickoxidbelastung

Während des ersten Lockdowns im März 2020 sind durch weitreichende Mobilitätseinschränkungen die Schadstoffemissionen in Innsbruck stark zurückgegangen - deutlich stärker als die Emissionen von Kohlendioxid (CO₂). Das zeigt eine Studie von Forschern der Universität Innsbruck. Ihren Analysen zufolge wird der Verkehr als Quelle der Stickoxidbelastung in Städten deutlich unterschätzt, berichten sie im Fachjournal "Atmospheric Chemistry and Physics". Die WissenschaftlerInnen bekamen mit dem ersten Lockdown eine einmalige Gelegenheit: "Wir konnten damals die tatsächlichen Auswirkungen von Verkehrsbeschränkungen auf die Verteilung von Luftschadstoffen und auf die Emission von Klimagasen direkt untersuchen", erklärte Thomas Karl vom Institut für Atmosphären- und Kryosphärenwissenschaften der Uni Innsbruck am Donnerstag in einer Aussendung. Sie nutzten dazu ein eigenes Messverfahren, das Luftzusammensetzung und Windrichtung im Detail misst und so Rückschlüsse auf die Quelle einzelner Schadstoffe zulässt.

Die Ergebnisse der Analysen bestätigten Vermutungen der WissenschaftlerInnen aus früheren Arbeiten: "Der Rückgang von Stickoxiden und anderen Schadstoffen durch verminderten Verkehr ist stärker als vielfach angenommen. Dies ist gerade für das vom Transitverkehr betroffene Tirol eine wichtige Erkenntnis", so Karl. Den Daten zufolge sei der Stickoxidanteil aus dem Verkehr höher als vielfach vermutet, der Anteil aus dem Hausbrand dafür geringer. "Wir gehen davon aus, dass in vielen europäischen Städten wie in Innsbruck über 90 Prozent der Stickoxide allein vom Verkehr verursacht werden", erklärte Karl. Dagegen habe sich die Umstellung auf sauberere Verbrennung im Siedlungs- und Industriebereich positiv auf die Luftqualität ausgewirkt, sie sei bisher teilweise unterschätzt worden.



Aus den Bundesländern

1. Startschuss für 22 Impfstraßen in der Steiermark

In der Steiermark sind am Dienstag 22 Impfstraßen mit zusammen 25 Spuren erstmals in Betrieb gegangen. Bei ihnen wird in den kommenden Tagen zusammen mit einem Großteil der niedergelassenen ÄrztInnen die Immunisierung der über 85-jährigen Steirer und Steirerinnen außerhalb von Heimen erfolgen. Rund 27.000 Dosen des Biontech/Pfizer-Vakzins stehen bereit, sagte Gesundheitslandesrätin Juliane Bogner-Strauß am Dienstag bei der Besichtigung der Impfstraße in Graz. Währenddessen werden aber auch weiterhin jüngere Menschen geimpft und zwar mit dem Vakzin von AstraZeneca, das bisher nur für unter 65-Jährige empfohlen wird. Am vergangenen Wochenende wurde dieser Impfstoff niedergelassenen ÄrztInnen injiziert und auch MitarbeiterInnen von Rettungsorganisationen, Hebammen und ApothekerInnen werden damit dieser Tage immunisiert.

Die 22 Impfstandorte des Landes werden vom "Kastanienhof" betrieben - ein Unternehmen, das auch bisher schon an denselben Standorten die Schnelltest-Straßen betrieben hat und parallel weiterhin betreut. Damit werden Synergien genutzt. In Graz etwa kann Sicherheitspersonal sowohl bei den Test- als auch bei den Impfstraßen eingesetzt werden. Die Bereiche bleiben aber getrennt, jeweils mit eigenen Eingängen und Ausgängen.

Der Betrieb der Impfstraßen sei laut den Organisatoren personalintensiver, denn zum Impfen werde mehr Fachpersonal gebraucht - sprich ÄrztInnen. Pro Impfspur sind zwei Mediziner vorgesehen. Sie werden vom Land Steiermark als ImpfarztInnen bestellt und auch vom Land bezahlt. Bis vergangene Woche hatte man Schwierigkeiten, genug ÄrztInnen zu finden, doch nun seien es genug, wurde betont.

Neben den Impfstraßen wählte ein Großteil der steirischen Bevölkerung die Immunisierung beim Hausarzt: Rund 760 niedergelassene ÄrztInnen beteiligen sich an der Corona-Schutzimpfung.

2. Freude in Tirol über Impfungen im Bezirk Schwaz

Positive Reaktionen hat die Ankündigung von Bund und Land über die Durchimpfung des Bezirk Schwaz aufgrund der hier vermehrt aufgetreten Südafrika-Mutationsfälle in Tirol hervorgerufen. Sowohl die Grünen, als auch die AK sahen ihre Forderungen nach einem Impf-Schutzschirm umgesetzt.

"Der Impf-Schutzschirm ist dann wirksam, wenn es gelingt im Bezirk Herdenimmunität durch die Schutzimpfung herzustellen. Damit kann die Ausbreitung der Mutation verhindert werden, weshalb die Teilnahme im Interesse aller SchwazerInnen und von ganz Tirol ist", sagte Gebi Mair, Klubobmann der Tiroler Grünen. Wenn der Impf-Schutzschirm im Bezirk Schwaz schnell hergestellt werden kann, dann werde es auch möglich wieder an die lang ersehnten Öffnungsschritte zu denken, so Mair weiter. Jeder und jede im Bezirk Schwaz könne einen Beitrag dazu leisten.

3. Bezirk Hermagor wird abgeriegelt

Der Bezirk Hermagor wird ab Dienstag nächster Woche abgeriegelt. Ausreisen dürfen dann nur noch Menschen mit einem negativen Antigen-Test, der höchstens 48 Stunden alt sein darf, und Personen, die die Erkrankung bereits durchlaufen haben. Die Verordnung soll vorerst für zehn Tage gelten.

Diese Maßnahme wurde am Donnerstagnachmittag bei einem Gespräch in der Landesregierung beschlossen. Dabei war gemeinsam mit Bezirkshauptmann Heinz Pansi, Bundesheer und Polizei darüber beraten worden, wie man mit der Forderung von Gesundheitsminister Rudolf Anschober umgehen solle, den Bezirk Hermagor wegen der hohen Inzidenz abzuriegeln – mehr dazu in Ausreisebeschränkung für Hermagor geplant. Der Gesundheitsminister hatte ja am Montag angekündigt, dass es in Bezirken mit einer 7-Tage-Inzidenz von mehr als 400 Infektionen pro 100.000 Einwohner Ausreisetests geben muss. Hermagor hat derzeit eine Inzidenz von 665.

Mehr dazu: <https://kaernten.orf.at/stories/3093195/>



Maßnahmen und Problemlagen in den Städten und Gemeinden

1. Wien wird öffentliche Schanigärten einrichten

Die Stadt Wien wird öffentliche Schanigärten einrichten, um Gastronomen, die über einen solchen nicht verfügen, eine Möglichkeit zur Wiederaufnahme des Betriebs zu geben. Das hat Bürgermeister Michael Ludwig am Dienstag in der gemeinsamen Pressekonferenz mit Vizebürgermeister Christoph Wiederkehr anlässlich 100 Tagen rot-pinker Rathauskoalition verkündet. Die konkreten Plätze, an denen die Gastgärten entstehen sollen, werden nun ausgearbeitet. Möglich ist ein Wiederaufsperrn der Schanigärten am 27. März. Eine entsprechende Vereinbarung mit dem Bund wurde am Montag erzielt. Aus der Wirtschaftskammer war daraufhin Kritik gekommen - da zahlreiche Wirte über keine Möglichkeit verfügen, Outdoor-Verabreichungsplätze anzubieten.

"Es gibt das Bedürfnis nach sozialen Kontakten", konstatierte Ludwig. "Wenn sich Menschen unreguliert treffen, besteht jedoch die Gefahr der erhöhten Ansteckung." Idealerweise würden die Zusammenkünfte darum in kontrolliertem Rahmen stattfinden. Schanigärten seien dazu eine Möglichkeit, zeigte er sich überzeugt.

Um hier möglichst viele Gastronomen zu unterstützen, wird demnächst an bestimmten öffentlichen Plätzen ausgeschenkt. Dazu wird es zunächst Gespräche mit den Sozialpartnern geben, kündigte der Bürgermeister an. Die Areale selbst könnten in Kooperation mit Veranstaltungsunternehmen betrieben werden, hieß es.

Lokale sollen dort Teile der jeweiligen Flächen nutzen können - wobei die genauen Bedingungen noch nicht feststehen, wie betont wurde. "Ich sehe die Gastronomen da als Bündnispartner", sagte Ludwig. Wie viele öffentliche Plätze letztendlich entsprechend bespielt werden, ist ebenfalls noch offen. Wichtig sei jedoch, dass die Zu- und Abgänge ohne Engstellen eingerichtet werden könnten, hielt der Stadtchef fest. Auf ein umfassendes Sicherheitskonzept, so fügte er hinzu, werde selbstverständlich ebenfalls geachtet.

Ludwig verwies auf vergleichbare Initiativen wie den Wiener Kultursommer im Vorjahr. Auch damals gab es strenge Zugangsregeln und eine Beschränkung der Besucherzahlen. Auch das Filmfestival am Rathausplatz fand 2020 unter solchen Bedingungen statt.

Der Linzer Bürgermeister Klaus Luger kann dem Vorschlag seines Wiener Amtskollegen Ludwig "viel abgewinnen, auch Lokalen, die über keinen Freiluftbereich verfügen, eine Öffnung in Form befristeter öffentlicher Ausschankflächen zu ermöglichen". Am Dienstag teilte er mit, es werde bereits "eine Adaptierung des Wiener Modells für Linz" geprüft". In der oberösterreichischen Landeshauptstadt sind an die 300 Schanigärten bewilligt.

2. Wr. Neustadt will Inzidenz mit verstärkten Maßnahmen senken

Wiener Neustadt will der mit einem Wert von knapp 430 höchsten Sieben-Tages-Inzidenz in Niederösterreich mit verstärkten Corona-Maßnahmen begegnen. Geplant sind nach Angaben vom Dienstag für eine Woche befristete Teststraßen an drei Stadteinfahrten sowie flächendeckende Gurgeltests an Schulen. Diese Vorhaben sollen gewährleisten, dass vor Ostern auch in der Statutarstadt "weitere Lockerungsschritte" gesetzt werden können, sagte Bürgermeister Klaus Schneeberger.

Seit Mittwoch werden an zusätzlichen Standorten in der Neudörfner Straße, am Parkplatz Zollamt in der Neunkirchner Straße sowie am Parkplatz Einkaufszentrum Nord (Wiener Straße) vom Roten Kreuz Antigentests angeboten. Geöffnet haben die Stationen von Montag bis Freitag von 7.00 bis 19.00 Uhr. Das Service ist vorerst für eine Woche befristet. Zudem werden die Öffnungszeiten des Teststandortes in der Arena Nova von Freitag an ausgeweitet.

Ebenfalls seit Mittwoch sind in Kooperation mit den "Covidfighters" in den Schulen über 14 Tage hinweg Gurgeltests möglich. Die Untersuchungen haben die Qualität von PCR-Tests, wurde in einer Aussendung betont.

Im Rahmen einer weiteren Maßnahme tritt die Polizei auf den Plan. So soll die Einhaltung der Covid-Bestimmungen verstärkt kontrolliert werden. Bereits in den vergangenen Wochen habe es in Wiener Neustadt "Aktionen im Handel und der Take-away-Gastronomie" gegeben, nach denen es zu Abmahnungen und Anzeigen gekommen sei.



Nicht zuletzt soll die Corona-Schutzimpfung die Infektionszahlen nach unten treiben. "Auf Hochtouren" laufen die Vorbereitungen für eine Impfstraße in der Arena Nova. Ab dem 7. April sollen dort der breiten Bevölkerung Injektionen verabreicht werden können.

Bis dahin ist laut Bürgermeister Schneeberger jedoch Disziplin gefragt. "Ich appelliere an alle Wiener Neustädterinnen und Wiener Neustädter sich regelmäßig testen zu lassen, die Abstandsregeln weiterhin strikt einzuhalten und auch die Sozialkontakte nach wie vor auf ein Minimum zu reduzieren." Denn: "Nur so werden wir eine Verbesserung der Situation erreichen können."

Politik hält Abriegelung von Wr. Neustadt für schwer machbar

Angesichts einer Häufung von Corona-Fällen und einer Sieben-Tages-Inzidenz von 458,3 stehen für Wiener Neustadt Ausreisetests im Raum. Eine Umsetzung dieses Vorhabens ist für die lokale Politik allerdings nur schwer vorstellbar. Bürgermeister Klaus Schneeberger sowie der Zweite Vizebürgermeister Rainer Spenger haben diesbezüglich am Donnerstag unter anderem auf die hohe Einwohner- und Pendlerzahl der Statutarstadt verwiesen.

Die Abschottung der mit etwa 45.000 EinwohnerInnen zweitgrößten Stadt in Niederösterreich stellt für Schneeberger jedenfalls eine Herkulesaufgabe dar. "Wir sind Verkehrsknotenpunkt und haben täglich an die 25.000 Pendler - Schüler, Studenten und Leute, die zu ihrem Arbeitsplatz fahren." Verwiesen wurde vom ÖVP-Politiker zudem auf die Rolle Wiener Neustadts als Standort von Landeskrankenhaus und Landesgericht.

3. Ausreisebeschränkungen für Radstadt und Bad Hofgastein in Kraft

Seit Freitag null Uhr gelten in den Pongauer Gemeinden Radstadt und Bad Hofgastein Corona-Ausreisebeschränkungen. Personen ab 15 Jahren müssen einen negativen Coronatest vorlegen, um die Gemeinde verlassen zu können. Das Ergebnis darf nicht älter als 48 Stunden sein. Kontrolliert wird das von Polizei und Bundesheer. Von der Testpflicht ausgenommen sind Durchreisende und Personen, die eine Infektion mit Covid-19 in den vergangenen sechs Monaten hinter sich haben.

Die Genesenen müssen jedoch entweder eine ärztliche Bestätigung oder einen Antikörpertest vorweisen können. Durchreisende müssen bei den Kontrollen Ziel und Zweck ihrer Fahrt angeben. Die Polizei rät Durchreisenden zudem, ihren Meldezettel mitzunehmen. Bereits geimpfte Personen sind nicht von der Testpflicht befreit.

Mehr dazu: <https://salzburg.orf.at/stories/3093387/>



Europa und International

1. EU: Entwurf für digitalen Impfpass noch im März

EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen will noch in diesem Monat einen Gesetzesentwurf für einen „digitalen grünen Pass“ für Coronavirus-Geimpfte vorlegen. Damit werde klar, wie der europäische Impfnachweis konkret aussehen solle, sagte von der Leyen heute bei einer Rede vor Europaabgeordneten der deutschen CDU/CSU.

„Wir wollen in den nächsten Monaten die technischen Voraussetzungen schaffen“, bekräftigte von der Leyen nach entsprechenden Absprachen auf dem EU-Gipfel vorige Woche. Und sie fügte hinzu: „Damit der digitale grüne Pass aber ein Erfolg wird, brauchen wir die Unterstützung aller Mitgliedsstaaten. Auch Sie in Deutschland müssen die Voraussetzungen dafür schaffen.“

Die EU-Staaten hatten sich vergangene Woche auf dem EU-Gipfel im Grundsatz auf einen gemeinsamen Ansatz bei der Einführung eines europaweit gültigen Impfausweises geeinigt und die Europäische Kommission mit der technischen Ausarbeitung beauftragt. Eine Reihe von Fragen ist aber noch offen.

Uneinigkeit über Freiheiten für Geimpfte

Vor allem Urlaubsländer wie Österreich, Griechenland, Zypern und Spanien machen Druck, dass es rasch gehen soll. Laut Zeitplan sollen die technischen Vorbereitungen drei Monate dauern, also etwa bis Ende Mai. Technisch wäre man damit vor der Sommersaison startklar.

Uneinig sind sich die EU-Länder noch in der Frage, was das Impfzertifikat ermöglichen soll. Länder wie Österreich wollen eine klare Verknüpfung mit Vorteilen für Geimpfte: einfacheres Reisen, Zugang zu Restaurants und Theatern. Deutschland und andere Länder bremsen; einerseits, weil noch unklar ist, ob man trotz Impfung das Coronavirus weitergeben kann. Andererseits, weil in der EU bisher nur eine kleine Minderheit geimpft ist. Außerdem wird argumentiert, dass dadurch eine Impfpflicht durch die Hintertür eingeführt wird.

2. Covax-Impfstoffinitiative für UNO historischer Meilenstein

Die internationale Covax-Initiative zur Verteilung von Coronavirus-Impfstoff in aller Welt kommt in Fahrt. Nach den ersten Auslieferungen sind Impfprogramme in Ghana und der Elfenbeinküste gestartet, eine erste Lieferung ging auch nach Kolumbien. Die Vereinten Nationen feierten das heute als Meilenstein von historischem Ausmaß.

Bis Ende Mai sollen 237 Millionen Dosen des AstraZeneca-Impfstoffs an 142 Länder verteilt werden, sagte Tedros Adhanom Ghebreyesus, Chef der Weltgesundheitsorganisation (WHO). Zudem werden bis Ende März 1,2 Millionen Dosen des Biontech-Pfizer-Impfstoffs ausgeliefert. Covax könne in diesem Jahr womöglich 500 Millionen mehr Impfdosen einkaufen und verteilen als geplant, insgesamt 1,8 Milliarden, sagte Seth Berkley, Chef der Impfallianz GAVI. Covax ist ein UNO-Programm, das allen Ländern der Welt zügig Zugang zu Coronavirus-Impfstoff verschaffen soll. Die Abkürzung steht für „Covid-19 Vaccines Global Access“ (weltweiter Zugang für Impfstoffe gegen Covid-19).

3. Impfstofflieferungen: Bosnien kritisiert Österreich

Bosnien-Herzegowina wartet auf Coronavirus-Impfstofflieferungen aus der EU und macht für die Verzögerung auch Wien verantwortlich. Die bosnische Außenministerin Bisera Turkovic kritisierte, dass Österreich für die Organisation der Lieferung der von der EU zugesagten 100.000 Impfstoffdosen für ihr Land zuständig sei.

Aus dem Außenministerium hieß es dazu heute, Österreich setze sich in der EU intensiv für eine Unterstützung der Westbalkan-Staaten ein.



Die bosnische Außenministerin zeigte sich vergangene Woche zunehmend ungeduldig: Sie erwarte, dass der im Rahmen des Programms der EU-Heranhilfshilfe (IPA) zugesagte Impfstoff auch komme. „Voraussetzung dafür ist, dass diejenigen, die dies versprochen haben, ihr Versprechen auch umsetzen“, sagte Turkovic. Sie habe daher den österreichischen Außenminister kontaktiert. Bosnien wartet laut der Außenministerin außerdem auf Impfstofflieferungen im Rahmen des COVAX-Programms.

Mehr dazu: <https://orf.at/stories/3203469/>

4. Deutschland hilft Tschechien mit Impfstoff aus

Sachsen, Bayern und Thüringen wollen Tschechien mit Corona-Impfstoff aushelfen. Ab Montag sei die Lieferung von insgesamt 15.000 Impfstoff-Dosen an das Nachbarland geplant, sagte Sachsens Regierungssprecher Ralph Schreiber am Sonntag. Die tschechische Regierung werde demnach über die weitere Verteilung entscheiden. Tschechien hat gegenwärtig die höchste Infektionsrate in der ganzen EU. Das Land mit 10,7 Millionen EinwohnerInnen registrierte seit Beginn der Pandemie rund 1,2 Millionen Infektionen. Mehr als 20.000 Corona-Patienten starben.

5. Berlins Jugendliche verzweifeln am Homeschooling

Die digitale Pinnwand einer Berliner Schule spiegelt die Stimmungslage vieler Berliner Jugendlicher nach zehn Wochen Lockdown wider. „Meine andere Schwester hat einfach aufgegeben und sitzt nachts weinend im Bett und schläft tagsüber - sie nimmt einfach nicht mehr am Homeschooling teil, weil es ihr zu viel wird. SchülerInnen haben so viel Stress, dass sie mehr trinken, rauchen, Drogen nehmen. Es muss sich dringend etwas ändern“, ist eine der rund 100 Antworten auf die Fragen Wie geht es mir? Und was muss sich ändern? Die Initiatorinnen des Austausches haben nach Absprache mit der Schulleitung und einzelnen Schülerinnen und Schülern die Antworten anonymisiert an die Medien weitergegeben. Das hat in der Öffentlichkeit hohe Wellen geschlagen. Jetzt kümmert sich eine Schulpsychologin um die Schülerinnen und Schüler.

Mehr dazu: <https://www.tagesspiegel.de/berlin/alarmierende-bestandsaufnahme-unter-oberschuelern-berliner-schueler-verzweifeln-im-lockdown/26964354.html>



Bericht aus dem Büro des Österreichischen Städtebundes in Brüssel

1. Deutscher Städte- und Gemeindebund: Forderung für kommunalen Rettungsschirm

Die Lage der Kommunalhaushalte ist prekär. Infolge der Corona-Pandemie brechen die Einnahmen weg und steigen die Ausgaben spürbar an. Schon vor dem harten Lockdown haben die Steuerschätzer im Nov 2020 prognostiziert, dass sich die gemeindlichen Steuermindereinnahmen bundesweit bis 2024 auf bis zu 50 Mrd € gegenüber früheren Steuerschätzungen summieren werden. Die Verluste werden noch ausgeprägter ausfallen. Verbesserungen auf der Einnahmeseite können durch die Kommunen selbst lediglich durch Erhöhungen bei den Hebesätzen von Gewerbe- und Grundsteuer erzielt werden. Stellschrauben zur Ausgabenreduzierung bestehen auf kommunaler Ebene letztlich wiederum nur bei den Investitionen sowie den Ausgaben für Angebote in den Bereichen Kultur, Sport und Soziales. In finanzschwachen Städten und Gemeinden sind die Spielräume noch kleiner. Die öffentliche Infrastruktur bröckelt, mit 147 Mrd € ist der kommunale Investitionsrückstand besorgniserregend hoch. Hinzu kommen notwendige zusätzliche Zukunftsinvestitionen in die Digitalisierung und in Maßnahmen zur Anpassung an den Klimawandel.

Mehr dazu in **Beilage1**

2. Europäische Kommission: Aktualisiertes Konzept für Fiskalreaktion auf Pandemie

Für die Gestaltung und Qualität fiskalischer Maßnahmen wurden bestimmte Leitgrundsätze aufgestellt. Die EU-KOM empfiehlt, dass die Fiskalpolitik agil bleibt und sich anpasst, wenn die Situation sich verändert. Gewarnt wird vor einer verfrühten Rücknahme der fiskalischen Unterstützung. Diese sollte in diesem und im nächsten Jahr vielmehr fortgeführt werden. Sobald die Gesundheitsrisiken nachlassen, sollte die Haushaltspolitik nach und nach wieder auf zielgenauere und zukunftsorientiertere Maßnahmen umschwenken, die eine robuste und nachhaltige Erholung fördern, wobei die Haushaltspolitik den Auswirkungen der Aufbau- und Resilienzfazilität Rechnung tragen sollte. Und schließlich sollten bei haushaltspolitischen Maßnahmen auch die Stärke der Erholung und die Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen berücksichtigt werden. Kommunen, Unternehmen und Beschäftigte in ganz Europa sind schwer von der Pandemie getroffen. Staatliche Hilfspakete sind eine wichtige Unterstützung.

Presse: [Aktualisiertes Konzept für Fiskalreaktion \(europa.eu\)](https://ec.europa.eu/info/sites/info/files/economy-finance/1_en_act_part1_v9.pdf);

Leitlinien: [Mitteilung zur fiskalpolitischen Reaktion auf die Corona-Pandemie \(europa.eu\)](https://ec.europa.eu/info/sites/info/files/economy-finance/1_en_act_part1_v9.pdf);
https://ec.europa.eu/info/sites/info/files/economy-finance/1_en_act_part1_v9.pdf

3. Europäisches Parlament: (Ausschusssitzungen und Abstimmungen weiterhin per Fernabstimmung)

04. März: Wirtschaftsausschuss (ECON): *Wirtschaftspolitischer Dialog und Aussprache über das Fiskalpaket Herbst des EU-Semesters 2020 und über die haushaltspolitischen Maßnahmen als Reaktion auf COVID-19 mit KOM-Vize Dombrowskis und KOM Gentiloni*; **AT MdEP im ECON:** Karas, Regner

04. März: Industrieausschuss (ITRE): Aussprache mit KOM-Vize Vestager über die Vorschläge zu „Digitale Dienste“ und „Digitale Märkte“; **AT MdEP im ITRE:** Gamon, Karas, Mayer, Sidl, Winzig

Mehr dazu: <https://www.europarl.europa.eu/committees/de/home>



4. Rat der EU: Tourismus nach der Pandemie

Die EU-TourismusministerInnen diskutieren gemeinsame Ansätze bei Reisebeschränkungen bzw. deren Aufhebung. Insbesondere ein digitaler EU-Impfpass wird gefordert. Weitere Maßnahmen sollen EU-weit standardisiert werden zB Corona-Schnelltests statt Quarantäne sowie einheitliche Sicherheitsstandards. Die europäische Reisebranche erwartet in Abstimmung mit den EU-Institutionen ein baldiges Maßnahmenpaket.

Presse: [Presidency event: Informal video conference of Ministers of Tourism \(2021portugal.eu\)](https://2021portugal.eu)

Rat der EU: virtuelle Termine:

JustizMin (11 Mrz), InnenMin (12 Mrz), EcoFinMin (16 Mrz)

